D2-052-2 Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Antragsteller*in: Maurice Meyer (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 51 bis 52 einfügen:
Grundsätzlich gilt weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und Konfliktgebiete. Zudem stehen wir hinter der Forderung, dass an Waffenlieferungen nicht verdient werden darf, daher gehört private und damit nicht demokratisch kontrollierte Rüstungsproduktion verstaatlicht. Langfristig sollten keine Waffen mehr produziert werden.

Begründung

Die private Rüstungsproduktion muss notwendigerweise profitorientiert handeln und verdient an den bewaffneten Konflikten in der Welt. Ein wirtschaftliches Interesse an Kriegen liegt im System der deutschen Rüstungsproduktion und der Waffenlieferungen. Daher bedarf es einer staatlichen und demokratischen Rüstungsproduktion, die auf die Bedürfnisse der eigenen demokratisch kontrollierten Streitkräfte achtet. Langfristig sollte eine Abschaffung von Waffenproduktion das Ziel sein.

Unterstützer*innen

Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hangzhi Yu (KV Berlin-Neukölln); Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln); Emma Lou Unser (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Loretta Alcamo (KV Berlin-Neukölln); Leonie Wingerath (KV Berlin-Neukölln)